

**(Senator Dr. Matthias Kollatz)**

Kitaplätze in Berlin geschaffen worden. Natürlich und mit Recht kann man darüber reden, dass es besser wäre, dass wir da noch ein paar Tausend drauflegen; da sind wir auch dran. Aber dass das seit 2011 stattgefunden hat und dass das die erste wichtige Investitionsentscheidung für eine wachsende Stadt war – in einer Stadt, in der im Jahr 2009 noch mit öffentlichen Mitteln Wohnungen abgerissen worden sind –, zeigt doch, dass das ein sinnvoller politischer Wechsel war. Wer das nicht wahrhaben will, macht das wider besseres Wissen, und insofern freue ich mich da auf die Diskussion in den nächsten Monaten und Jahren.

Es ist dann das Thema angesprochen worden, dass die Brücken völlig vernachlässigt wären: Da ist es so, dass wir die Investitionsausgaben um 64 Millionen erhöht haben; wir haben dort jetzt insgesamt 170 Millionen zur Verfügung. Auch da kann man sagen, man kann noch mehr machen. Das versuchen wir auch; wir versuchen, dazu noch die GRW-Mittel einzusetzen. Insofern ist es so, dass wir da einen Investitionsaufwuchs von mehr als einem Drittel haben.

Wir haben die Situation, dass es gelungen ist, in den großen Krankenhäusern – die auch Leuchttürme für Berlin und für den so wichtigen Gesundheitssektor sind, der neben dem Hauptstadtkluster, glaube ich, der zweitwichtigste Wirtschaftssektor der gesamten Stadt ist – zu erreichen, dass die Investitionen die Abschreibungen deutlich übersteigen. – Das passt nicht in das Bild, das Sie stellen, ist aber schlichtweg die Wahrheit.

Und natürlich ist es so – und dazu gehört ein Stück weit Mut –, dass wir in den Kampf gegen die Klimakatastrophe mit solchen Themen wie dem Stadtwerk investieren –

[Georg Pazderski (AfD): Wo ist denn hier eine Klimakatastrophe?]

– und auch mit modernen und anderen Verkehrsinfrastrukturen, die durchaus aus dem Fahrradthema mehr machen wollen, als wir in der Vergangenheit gemacht haben.

...

Wer der Auffassung ist und versucht, das so zu stellen, dass wir keine Straßenbahnen bauen sollten, sondern stattdessen U-Bahnen, hat das nicht verstanden. Wir müssen beides machen, und wer in andere Metropolen schaut, weiß das auch. Was findet denn in Barcelona statt? – Natürlich auch ein großer Ausbau von Straßenbahnen. Und dass es richtig ist, bei Straßenbahnen insbesondere einen deutlichen Schritt nach vorne zu tun, zeigt die Berliner Situation exemplarisch. Es ist im Übrigen auch richtig, weil wir tatsächlich eine Kostensituation haben, dass wir Straßenbahnen ungefähr in der Größenordnung von 10 bis 15 Prozent pro Kilometer herstellen können im Verhältnis zur U-Bahn.

Also, die solidarische Stadt wird durch das Jahrzehnt der Investitionen stark gemacht. Der Trumpf, den wir hierbei

ausspielen können, liegt in der Gestaltungsmacht über die Investitionen, die wir durchaus in den Diskussionen auch hier im Haus bei den öffentlichen Investitionen haben. Und da geht es um eine neuerrungene Rolle, dass die Hoffnungen tatsächlich auf die öffentlichen Investitionen gesetzt werden. Und im Unterschied zu dem, was die Opposition hier gesagt hat, sind wir in Berlin mit diesem Jahrzehnt der Investitionen, das wir ausgerufen haben, bei den Investitionen nicht mehr hintendran, sondern wir sind bei den umgesetzten Investitionen bereits überdurchschnittlich. Das heißt, es bietet uns die Chance, eine wachsende Stadt für alle zu bilden, in der alle einen Platz haben, die Offenheit der Stadt zu erhalten und den Wandel und dabei auch gerade den Wandel vor den ökologischen Herausforderungen zu gestalten. – Ich danke!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN]

**Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:**

Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit hat die Aktuelle Stunde für heute ihre Erledigung gefunden.

Ich komme zur

**1fd. Nr. 2:**

**Fragestunde**

gemäß § 51 der Geschäftsordnung  
des Abgeordnetenhauses von Berlin

Nun können mündliche Anfragen an den Senat gerichtet werden. Die Fragen müssen ohne Begründung, kurz gefasst und von allgemeinem Interesse sein sowie eine kurze Beantwortung ermöglichen. Sie dürfen nicht in Unterfragen gegliedert sein, ansonsten werde ich die Fragen zurückweisen.

Zuerst erfolgen die Wortmeldungen in der Runde nach der Stärke der Fraktionen mit je einer Fragestellung. Nach der Beantwortung steht mindestens eine Zusatzfrage dem anfragenden Mitglied zu. Eine weitere Zusatzfrage kann auch von einem anderen Mitglied des Hauses gestellt werden. Für die erste Frage rufe ich ein Mitglied der Fraktion der SPD auf und bitte, an das Redepult zu treten. Nachfragen können Sie wie gewohnt von den Sitzen aus stellen. – Für die SPD hat das Wort Herr Abgeordneter Heinemann. – Bitte schön!

**Sven Heinemann (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Heute findet vor der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz eine große Demonstration der Berliner Taxifahrerinnen und -fahrer statt. Hauptkritikpunkt ist die fehlende Kontrolle der Rückkehrpflicht für Mietwagen. Welche konkreten Maßnahmen ergreift

**(Sven Heinemann)**

der Senat, um die massiven Verstöße gegen die Rückkehrpflicht zu unterbinden?

[Kurt Wansner (CDU): Eine sehr gute Frage!]

**Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:**

Für den Senat hat das Wort Frau Senatorin Günther. – Bitte schön!

**Senatorin Regine Günther** (Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Heinemann! Sehr geehrte Damen und Herren! In der Tat beklagen die Taxiunternehmen die angebliche Untätigkeit meiner Behörde, dass die Rückkehrpflicht nicht ausreichend kontrolliert wird. Aufgrund dessen, was ich mir in den letzten Tagen anguckt habe, kann ich das nicht bestätigen. Das LABO ist dafür zuständig, aber wir müssen uns die Gesamtlage vor Augen führen. Es ist keine ganz einfache Lage. Die Unternehmen, die da tätig sind, sind Mietwagenunternehmen, die über eine Vermittlungsplattform ihre Aufträge bekommen. Wenn Sie die Aufträge haben und unterwegs sind, der Auftrag abgearbeitet ist, dann müssten sie zurückkehren. Wenn sie aber mitten im Auftrag sind und bekommen über eine App eine Nachricht, dass sie einen neuen Auftrag bekommen, dann müssen sie nicht zurückkehren. Die Aufgabe der Kontrolle ist, nachzuweisen, dass dieser Auftrag eingegangen ist, während das Auto stand. Sie werden mir zugestehen, dass das nicht ganz einfach ist. Insofern macht das LABO hier, was möglich ist, aber unter den augenblicklichen Gegebenheiten ist es nicht ganz einfach.

[Zuruf von Mario Czaja (CDU)]

**Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:**

Herr Abgeordneter Heinemann! Sie haben die Möglichkeit der Nachfrage. – Bitte schön!

**Sven Heinemann** (SPD):

Vielen Dank! – Ist dem Senat bekannt, dass Fahrer der Firma Uber hier vor dem Abgeordnetenhaus regelmäßig mit ihren Fahrzeugen stehen und auf nächste Fahrgäste am Potsdamer Platz warten?

[Zuruf von Mario Czaja (CDU)]

**Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:**

Frau Senatorin, bitte!

**Senatorin Regine Günther** (Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz):

Soweit die Stellplätze – die Uber ist eine Vermittlungsplattform, ein Mietwagenunternehmen – bekannt sind,

werden die auch kontrolliert. Das Abgeordnetenhaus gehört vielleicht dazu. Ich kenne auch noch andere Plätze. Genau da wird kontrolliert. Nur, Sie wissen, die Stadt ist größer, und es gibt auch andere Gebiete, die in Augenschein genommen werden müssen, und alles gleichzeitig zu machen, ist mit einer begrenzten Anzahl von Mitarbeitern dann auch schwierig.

[Mario Czaja (CDU): Wie viele Leute kontrollieren das denn?]

**Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:**

Die zweite Nachfrage geht an Herrn Abgeordneten Ronneburg. – Bitte sehr, Sie haben das Wort!

**Kristian Ronneburg** (LINKE):

Vielen Dank, Frau Senatorin Günther, für die Beantwortung der Frage des Kollegen Heinemann! Ich habe in diesem Zusammenhang noch eine Nachfrage zu den Taxitarifen und wann der Senat einen Beschluss herbeiführen wird, um die Taxitarife anzupassen. Es gab dazu bereits Gutachten. Es gab mehrere Anhörungen, und die Taxiunternehmerinnen und -unternehmer warten da auf ein Signal.

**Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:**

Frau Senatorin, bitte!

**Senatorin Regine Günther** (Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Ronneburg! Vielen Dank für die Frage! In der Tat haben die Taxisunternehmen seit einem Jahr eine Erhöhung bei uns beantragt. Wir waren da in intensiven Gesprächen. Wir haben Informationen nachgefordert. Die wurden nicht gleich in der Qualität geliefert, wie das notwendig war. Deshalb haben wir den Taxiverbänden im Dezember mitgeteilt, dass wir eine Wirtschaftlichkeitsprüfung machen werden, eine Gesamtwirtschaftlichkeitsprognose erstellen. Die ist abgeschlossen. Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass die Forderungen der Taxiverbände durchaus berechtigt sind. Wir arbeiten zurzeit an der Verordnung, damit es schnellstmöglich umgesetzt werden kann.

**Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:**

Die nächste Frage geht an Herrn Abgeordneten Wansner. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

[Hakan Taş (LINKE): Schon wieder Kreuzberg! – Sabine Bangert (GRÜNE): Görli!]

**Kurt Wansner** (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Ich frage den Senat: Wie will der Senat zukünftig Abschiebungen durch-